

Name
Anschrift

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Wolfgang Pieper
Bundesvorstandsbüro

Telefon: 030-6956-0
Durchwahl: 030-6956-1009
Telefax: 030-6956-3003
wolfgang.pieper@verdi.de
www.verdi.de

Datum 27.05.2013
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

Offener Brief zu den Tarifverträgen für die Leiharbeit

Liebe/ Lieber NAME,

Du hast Dich mit einem offenen Brief an ver.di gewandt und die laufenden Tarifverhandlungen zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und den Arbeitgeberverbänden in der Leiharbeit kritisiert. Statt neue Tarifregelungen auszuhandeln, schlägst Du vor, die Tarifverträge nicht fortzuschreiben und so in Ermangelung abweichender Tarifregelungen zu Equal Pay zwischen Leiharbeit und Stamarbeit zu kommen.

Wir haben ein solches Vorgehen im ver.di-Bundesvorstand und im Gewerkschaftsrat auch selbst erwogen und auf seine Praktikabilität hin überprüft.

Im gewerkschaftspolitischen Situationsbericht für die Gewerkschaftsratssitzung am 23.3.2011 hat Frank Bsirske - nachdem das BAG zuvor den Tarifvertrag der CGZP in der Leiharbeit für ungültig erklärt hatte – dargelegt, dass der ver.di-Bundesvorstand prüft, „ob nicht von gewerkschaftlicher Seite aus die Tarifverträge in der Leiharbeit gekündigt werden sollten, weil gegenwärtig dem Grundsatz, es gilt Equal Pay, es sei denn, es gibt einen abweichenden Tarifvertrag, nur noch der eigene Tarifvertrag entgegensteht.“ Dies, so der Vorsitzende seinerzeit, werde man auch im DGB erörtern, um dann koordiniert vorgehen zu können.

Über die Ergebnisse dieser Prüfung ist in der darauf folgenden Gewerkschaftsratssitzung am 25.5.2011 ausführlich berichtet worden. Im gewerkschaftspolitischen Situationsbericht des Vorsitzenden heißt es dazu: „Ich hatte in der letzten Gewerkschaftsratssitzung berichtet, dass wir zusammen mit dem DGB prüfen, wie wir in Sachen Leiharbeit, Equal Pay und den DGB-Tarifverträgen für die Leiharbeit weiter verfahren können. Geprüft werden sollte insbesondere, ob wir mit einer Kündigung unserer Tarifverträge und der Erklärung, diese nach ihrem Auslaufen 2013 nicht mehr neu abschließen zu wollen, faktisch einen Durchbruch hin zu Equal Pay bewirken können. Das hat sich als nicht gangbar erwiesen. Zum einen, weil sich herausgestellt hat, dass CGB-Mitgliedsorganisationen eine Reihe von Flächentarifverträgen in wichtigen Branchen abgeschlossen haben. Selbst wenn man die weggekragt bekäme, bestünde immer noch das Problem, dass Firmen aus dem mittelosteuropäischen Ausland mit dortigen Tarifverträgen in die Lücke hineinstoßen und darauf hinweisen könnten, dass es zwar in Deutschland dann keinen abweichenden Tarifvertrag im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) mehr gibt, wohl aber bei ihnen....und dann ihre Tarifverträge zum Tragen kämen und wir mit unserer Strategie leerlaufen würden. Vor diesem Hintergrund sind wir im DGB überein gekommen, von einer Kündigung des Tarifvertrags zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen. Wir wollen versuchen, tarifliche Equal Pay-Regelungen wie in

der Stahlindustrie durchzusetzen, so aktuell in der laufenden Tarifrunde der Druckindustrie, Dort, wo das nicht durchgesetzt werden kann, wollen wir Branchenzuschläge in Richtung Equal Pay anstreben und politisch auf gesetzlichem Wege Equal Pay durchsetzen, mit dem Zeitziel 2013 nach den nächsten Bundestagswahlen.“

Entsprechend ist in der Folge verfahren worden. Die tariflichen und politischen Entwicklungen im Bereich der Leiharbeit waren seither Gegenstand praktisch aller Sitzungen des Gewerkschaftsrats von ver.di.

Alle Gewerkschaftssekretäre und -sekretärinnen, sowie auf ihren Wunsch hin, alle ehrenamtlichen Mitglieder der Vorstände in ver.di haben Zugang zum Intranet der Organisation. Dort werden die gewerkschaftspolitischen Situationsberichte des Vorsitzenden unmittelbar im Anschluss an die jeweilige Gewerkschaftsratssitzung dokumentiert. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes behaupten, zum Vorgehen in Sachen Zeitarbeit habe es „keinerlei demokratische Diskussion und Meinungsbildung in unserer Gewerkschaft“ gegeben. Sie sollten es eigentlich besser wissen.

Nun haben sich im Verlauf der letzten Monate insofern Veränderungen ergeben, als dass eine Reihe von DGB-Gewerkschaften, darunter auch ver.di, Tarifverträge über Branchenzuschläge abgeschlossen haben, und Anfang 2013 die CGM – d. h. eine der Mitgliedsorganisationen des CGB mit Tarifverträgen in der Leiharbeit - öffentlich erklärt hat, künftig keine Verträge in der Leiharbeit abschließen zu wollen. Diese Erklärung der CGM hat den ver.di Bundesvorstand dazu veranlasst, erneut zu prüfen, ob durch einen Verzicht auf tarifvertragliche Entgeltregelungen für die Leiharbeit Equal Pay herbeigeführt werden kann. Parallel dazu haben wir eine entsprechende Prüfung im DGB veranlasst.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist diesem Schreiben als Anlage beigefügt. Danach können Leiharbeitsbeschäftigte zu den Tarifbedingungen anderer EU-Länder in Deutschland eingesetzt werden, wenn es keinen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentendegesetz gibt. Darüber hinaus stellen Tarifverträge sicher, dass auch während der verleihfreien Zeit eine kontinuierliche Entgeltzahlung erfolgt. Vor diesem Hintergrund haben sich die DGB-Gewerkschaften dafür entschieden, die Tarifverhandlungen für die Leiharbeitsbranche fortzuführen und zugleich an der politischen Forderung nach Equal Pay von der ersten Stunde an festzuhalten. Die Streichung der Ausnahmebestimmung im AÜG, nach der der Gleichbezahlungsgrundsatz im Falle abweichender Tarifregelungen nicht gilt, gehört außerdem weiter zum Kernbestand der auf eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt zielenden Gewerkschaftsforderung für die Bundestagswahl 2013.

Soweit einige Anmerkungen zu Stand und Entwicklung der Meinungsbildung in ver.di zu dem auch von Deiner Seite aufgegriffenen Thema der Tarifentwicklung in der Leiharbeit.

Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes, die zu Diskussion und Meinungsbildung in ver.di auf dem Laufenden sein wollen, möchte ich, soweit sie ehrenamtliche Mitglieder in Vorständen bzw. Beschäftigte unserer Organisation sind, abschließend nochmals auf das Intranet hinweisen. Die dort sehr zeitnah im Anschluss an die Gewerkschaftsratssitzungen dokumentierten gewerkschaftspolitischen Situationsberichte enthalten dazu regelmäßig wichtige Informationen.

Im Auftrag des Bundesvorstandes und des Präsidiums des Gewerkschaftsrates
mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pieper
Sekretär des Bundesvorstandes

Anlage
wie im Text erwähnt